



Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 18. November 2021

Antrags-Nr. 21-F-66-0002

Sicherheit und Planbarkeit schaffen - Flächendeckendes Testangebot in Kitas einführen - Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und Städtv. Kienast und Städtv. Wardak -

Die Erkältungszeit ist wieder in vollem Gange. Gepaart mit der angespannten pandemischen Lage ist die Situation zu einem Drahtseilakt für Eltern und das betreuende Kita-Personal geworden. Vermehrt werden Elternstimmen laut, die berichten, dass ihre Kinder wegen eines leichten, winterbedingten Schnupfens die Kita nicht mehr besuchen dürfen. Für viele Eltern stellt dies eine Katastrophe dar, da die Regelungen zum Home-Office zu einem großen Teil nicht mehr so großzügig gehandhabt werden wie noch zum Beginn der Pandemie und sie damit auch ihre Kinder im Krankheitsfall nicht während der Arbeit zu Haus betreuen können.

Aber auch der Schutz der Erzieherinnen und Erzieher ist ein hohes Gut. Es muss daher dringend eine praktikable Lösung her, die für Kinder, Eltern sowie Erzieherinnen und Erzieher gleichermaßen Sicherheit und Planbarkeit schafft.

Ein möglicher Lösungsansatz wäre ein flächendeckendes, freiwilliges Testangebot. In Wiesbadener Schule werden Lehrerinnen und Lehrerinnen, aber auch Schülerinnen und Schüler mehrmals wöchentlich getestet und dokumentieren die Ergebnisse in einem sog. Corona-Testheft. Es hat sich gezeigt, dass ein flächendeckendes Schnelltestangebot ein wichtiger Baustein bei der frühzeitigen Erkennung von Infektionen ist. Dieses Angebot sollte auch in den Wiesbadener Kitas ermöglicht werden. Die flächendeckende Einführung des Antigentests (Schnelltest) bspw. könnte die gewünschte Sicherheit für das betreuende Kita-Personal schaffen und das Betreuungsangebot für Kinder so aufrechterhalten. Somit könnte vermieden werden, dass Kinder womöglich wochenlang, nur aufgrund eines leichten, winterbedingten Schnupfens, zu Hause bleiben müssen. Da die Landesregierung Hessen die Notwendigkeit dieser, gesetzlich nicht vorgeschriebenen, Testung erkannt hat, übernimmt das Sozialministerium die Hälfte der Kosten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu prüfen und berichten, warum Dezernat VI bis heute nicht die Voraussetzungen geschaffen hat es den Einrichtungsleitungen zu ermöglichen, ein breit angelegtes Schnelltestangebot im Benehmen mit den Eltern umzusetzen.
2. Dezernat VI zu bitten, den kommunalen Kitas und freien Kita-Trägern einen Handlungsrahmen vorzulegen und diesen mit den nötigen finanziellen Mittel zu hinterlegen.
3. Dezernat VI mit der Einführung eines flächendeckenden Kita-Schnelltestkonzepts, angelehnt an das Testangebot an Wiesbadener Schulen, zu beauftragen.
4. dieses Konzept schnellstmöglich umzusetzen.

Beschluss Nr. 0532

Der Antrag wird in den Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit überwiesen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2021

Herrn Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2021

Dezernat VI und
Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister